

hatte er ein Referenten-Gutachten aus dem Auswärtigen Amt über den Rapacki-Plan erbeten und erhalten. Der Zufall wollte es, daß der Abgeordnete beim Verlassen seines Büros die in der Schreibtisch-Schublade verwahrte Expertise vergaß. Unterwegs fiel ihm das Versäumnis ein, und er kehrte schnurstracks in das Hochhaus des Bonner Parlaments zurück. Das Gutachten war inzwischen aus seinem Schreibtisch verschwunden.

Das war an einem Sonntagnachmittag. Heye blieb die vage Hoffnung, das Gutachten verlegt zu haben. Als es jedoch auch am darauffolgenden Montag nicht auffindbar war, alarmierte er die Hauspolizei, die ihrerseits einen Regierungsrat vom Verfassungsschutz verständigte und gleichzeitig beim 14. Kommissariat (Politische Polizei) der Bonner Kripo Alarm schlug. Während die Ermittler noch völlig im dunkeln tappten, erlebte MdB Heye eine zweite Überraschung: In seinem Hauspostfach fand sich das abhanden gekommene Schriftstück wieder, fein säuberlich in einen Umschlag ohne Absender gesteckt.

Der Verfassungsschützer und die Kriminalbeamten hatten bald herausgefunden, daß die Maschinenschrift auf dem Kuvert von einer Maschine der Schreibkanzlei im Bundeshaus stammte. Die Benutzerin der Maschine beteuerte ihre Unschuld und erinnerte sich eines verdächtigen Vorgangs: Als sie am fraglichen Sonntagnachmittag einmal für kurze Zeit verlassen hatte, fand sie bei ihrer Rückkehr eine Kollegin an ihrer Maschine, die gerade einen beschriebenen Umschlag ausspannte: Katharina Krauser.

Die Abwehrleute wußten dank andert-halbjähriger Beobachtung von der Krauser, daß sie die Einsamkeit einer allein-stehenden Frau in gewissen Stunden mit Hilfe eines jugendlichen polnischen Ver-ehrrers zu überstehen pflegte. Das ominöse Gutachten aus dem Auswärtigen Amt hatte ein polnisches Thema, nämlich den Ra-packi-Plan zum Gegenstand. Der Fall schien klar, und sie stellte der lebens-lustigen Schreibdame eine Falle.

Dem Abgeordneten Heye wurde auf-gefragt, zu einem vereinbarten Zeitpunkt die Krauser zwecks Diktat rufen zu lassen. Kaum war dies geschehen, erschien ein Kurier aus dem Bundesverteidigungsmini-sterium in der Montur eines Heeresfeld-webels, der dem Abgeordneten gegen Quittung und unter lauthals vorgetrage-nem Hinweis, daß es sich um eine streng geheime Verschlusssache, nämlich um Unter-lagen über „Atomgeschichten in Polen und der Tschechoslowakei“ handele, einige Schriftstücke aushändigte.

Sobald der Bote aus dem Verteidigungs-ministerium salutierte hatte und aus dem Zimmer verschwunden war, mimte Heye Müdigkeit. Mit der Bemerkung, man wolle anderntags fortfahren, bedeutete er der Krauser, daß für sie Feierabend sei. Das überbrachte Material steckte Heye demon-strativ in einen offenstehenden Bücher-schrank („Da ist es ja wohl ganz sicher, Frau Krauser“).

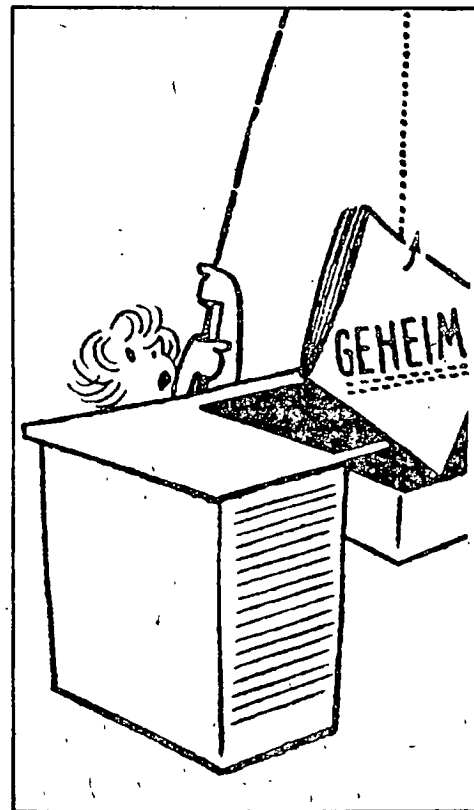
Das Spielchen ging auf. Admiral Heye und Frau Krauser hatten das Zimmer noch nicht lange verlassen, als die Schreibdame zurück zum Büro flitzte. Den Schlüssel zum Zimmer des Abgeordneten lüchelte sie dem Pförtner mit der simplen Erklärung „Ich habe was liegen gelassen“ ab. Im Büro Heyes nahm sie dann flugs ins Steno-gramm auf, was in dem ominösen Material aus dem Verteidigungsministerium ver-zeichnet war. In kaum mehr als drei Minu-ten war alles erledigt, dann verschwand sie wieder.

Die im Nebenzimmer lauernden Abwehr-funktionäre registrierten den Vorgang mit Befriedigung, ließen Katharina Krauser nicht mehr aus den Augen und packten zu,

als sie schließlich das Stenogramm ihrem polnischen Gefährten aushändigte. In der Wohnung fand sich dann noch allerhand mehr, allerdings nichts aus Heyes Büro.

Für den Abgeordneten Heye hatte die Sache noch ein wenig angenehmes Nach-spiel. Das Verschwinden der Krauser wurde ruchbar, und wenig später meldeten west-deutsche Zeitungen in Unkenntnis des wahren Sachverhalts, daß dem Admiral Geheimakten des Verteidigungsministe-riums aus der Schublade gefingert worden seien und daß er es versäumt habe, die Geheimdokumente im Panzerschrank unter Verschluss zu halten.

Die CDU-CSU-Fraktion mußte sich durch ein Kommuniqué schützend vor ihren Kollegen stellen. Sie lobte im Schulmeister-ton die „besondere Umsicht, mit der er (Heye) zur Aufdeckung eines Spionagefalls beigetragen hat“, und stellte fest: „Bei dem dem Bundestagsabgeordneten Admiral a. D.



Heye und kleine Fische

Die Welt

Heye kurzfristig entwendeten Dokument handelt es sich nicht um eine Verschlus-sache des Grades „geheim“, sondern um eine Verschlusssache, die lediglich als „ver-traulich“ bezeichnet worden war.“

In der Tat trug das Gutachten aus dem Auswärtigen Amt keinen Verschlusssachen-Stempel. Lediglich im Anschreiben war um „vertrauliche Behandlung“ gebeten wor-den. Selbst wenn die fragliche Unterlage als Verschlusssache klassifiziert gewesen wäre, hätte sich Heye nicht an die all-gemeine Verschlusssachen-Anweisung des Bundes halten müssen: Diese Anweisung gilt nur für Bundesbehörden, zu denen erklärterweise das Parlament nicht gehört. Eine Verschlusssachen-Anweisung für die Bonner Parlamentarier herauszugeben, hat man bisher versäumt.

Unklar ist allerdings noch, was Katharina Krauser bei anderen Abgeordneten — sie schrieb mindestens für fünf Herren — nachrichtendienstlich abgeschöpft hat. Zwei-der von ihr betreuten Parlamentarier führ-ten eine umfangreiche Korrespondenz mit Bewohnern der Sowjetzone.

Solche Ungewißheit bereitet dem Bun-deskriminalamt auch im Falle der dritten Bonner Schreibdame, der Sekretärin des verstorbenen stellvertretenden SPD-Vor-sitzenden Mellies, Frau Ulla Bulla, erheb-liches Unbehagen. Frau Bulla, die vor noch nicht allzu langer Zeit Fräulein Brosowski hieß, arbeitete zuletzt in dem von der SPD gegründeten Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“, wo sie zweifellos nur mit un-verfänglichem Material zu tun hatte. So fanden denn auch die Kriminalbeamten nur parteiinternen Papierkram und keine Geheimakten von Bundesbehörden, als sie am Morgen des 18. Juli Haussuchung mach-ten und Frau Bulla gründlich verhörten. Sie mußten sie schließlich auf freien Fuß setzen.

Das in der Wohnung zutage geförderte Material bewirkte lediglich eines: Die ehe-malige Mellies-Sekretärin wurde von der SPD unverzüglich entlassen. In einer für die Presse bestimmten Erklärung hieß es: Der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atom-tod“ habe Kenntnis von strafbaren Hand-lungen der Frau Bulla erhalten. Der Ar-beitsausschuß verfüge jedoch nicht über sogenanntes „vertrauliches Material“, des-sen Kenntnis für irgendwelche Stellen von besonderem Vorteil wäre.

Was in dem für die Öffentlichkeit be-stimmten Kommuniqué wohlweislich ver-schwiegen wird, ist die Tatsache, daß die Bulla während der Zeit ihres Arbeits-verhältnisses zu dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden auch nachrichtendienstlich auswertbares Material zu Gesicht bekam, das Mellies in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Sicher-heitsfragen beim Sozialdemokratischen Par-teivorstand zu bearbeiten und zu verwer-ten hatte.

ZINSENKUNG

Notfalls mit Druck

Die Bankenaufsichtsbehörde der west-deutschen Länder mußte kürzlich ein-greifen, um einen Streit beizulegen, der seit einigen Monaten zwischen der Deut-schen Bundesbank und den Spitzenver-bänden des Kreditgewerbes schwelt. Die Bankenaufsicht setzte — gegen den Wil-len insbesondere der Sparkassen — die sogenannten Habenzinsen, die auf alle Bankeinlagen gezahlt werden, um durch-schnittlich ein halbes Prozent herab.

Das Eingreifen der Aufsichtsbehörde wurde notwendig, weil es dem Präsidenten der Frankfurter Notenbank, Karl Blessing, 57, nicht gelungen war, die Geschäfts-banken und die Sparkassen zu der von ihm gewünschten allgemeinen Zinssenkung zu veranlassen.

Bundesbankpräsident Blessing bemüht sich seit geraumer Zeit, Westdeutschland von dem zweifelhaften Renommee zu be-freien, ein Land mit übermäßig hohen Zinsen zu sein. Der Zentralbankrat der Bundesbank, dem Blessing vorsitzt, hatte deshalb vor einem Monat den sogenann-ten Diskontsatz — den Zinssatz, zu dem die Geschäftsbanken bei den Landeszen-tralbanken Wechsel zu Geld machen kö-nen — von 3,5 auf 3 Prozent ermäßigt. Im gleichen Verhältnis wurden die Kosten aller anderen Bankkredite vermindert. Es war die fünfte Diskontermäßigung binnen zwei Jahren; der Diskontsatz hat den niedrigsten Stand seit der Jahrhundert-wende erreicht.

Mit der Senkung des Diskonts wollte Blessing nicht nur — um die abflauende Konjunktur etwas anzukurbeln — eine Ver-billigung der Kredite erreichen. Sein Hauptziel war vielmehr, die Banken und Sparkassen, deren Zinseinnahmen durch die Diskontsenkung spürbar geringer wer-den, zu einer Senkung der Habenzinsen

zu bewegen, die sie ihren Kunden für deren Spareinlagen zahlen.

Blessing wollte auf diese Weise Geld von den Sparkonten auf den Kapitalmarkt locken, denn sobald die Zinsen für Sparkonten gesenkt werden, ist es lohnender, das Geld in Wertpapieren — Aktien, Obligationen oder Pfandbriefen — anzulegen.

Klage Notenbankchef Blessing: „Wegen der überhöhten Verzinsung von Spareinlagen zahlte eine große Anzahl von Unternehmungen und öffentlichen Körperschaften Gelder auf diese Konten ein, anstatt Wertpapiere direkt auf dem Kapitalmarkt zu erwerben. Andere Körperschaften übertrugen nur befristet verfügbare Gelder von anderen Konten auf Sparkonten. Das ist eine Verfälschung des Spargedankens.“

Hinzu kam noch ein weiterer unerwünschter Effekt: Die extrem hohen Habenzinsen lockten immer mehr ausländisches Fluchtkapital, sogenanntes heißes Geld nach Westdeutschland. Obwohl ausländische Guthaben offiziell in der Bundesrepublik von Zinszahlungen ausgeschlossen sind, fanden die ausländischen Geldgeber mit Hilfe westdeutscher Exporteure mühelos Möglichkeiten, diese Vorschrift zu umgehen.

Angesichts der ohnehin beträchtlichen deutschen Ausfuhrüberschüsse, so hieß es im Junibericht der Bundesbank, „wäre es doppelt mißlich, wenn Geldzuflüsse aus dem Ausland die aus anderen Quellen stammenden Devisenzugänge noch verstärken.“

Um diese Mißlichkeiten abzustellen, senkte die Bundesbank den Diskontsatz; doch die Hoffnung, daß Banken und Sparkassen freiwillig ihre Habenzinsen entsprechend heruntersetzen würden, erwies sich bald als irrig.

Die Banken sind nämlich nur bei der Festsetzung der Sollzinsen (der Zinsen, die sie von ihren Schuldnern kassieren) an die Weisungen der Notenbank gebunden. Bei Bemessung der Habenzinsen hingegen, die sie ihren Konteninhabern gewähren, haben sie freiere Hand: Für die Festsetzung dieser Habenzinsen sorgt seit 1936 ein Bankkartell, der „Zentrale Kreditausschuß“, in dem unter anderen der Bundesverband des privaten Bankgewerbes, der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sowie die Gemeinwirtschaftsbanken vertreten sind.

Nach jeder Änderung des Diskontsatzes tritt dieser Bankenausschuß zusammen, um die Habenzinsen den veränderten Zins-einnahmen anzupassen. Der Vorschlag des Ausschusses wird dann in der Regel von der Bankenaufsichtsbehörde genehmigt.

Dieser Zentrale Kreditausschuß verdarb Blessing das Zinskonzept. Obwohl der Diskontsatz in den vergangenen zwei Jahren von 5,5 auf 3 Prozent herabgesetzt worden war, wodurch sich die Einnahmen der Banken aus Kreditzinsen erheblich minderten, hielt es der Ausschuß für angezeigt, Zinsen für Spareinlagen nur um durchschnittlich ein halbes bis ein Prozent zu senken.

„Die Bemühungen der Notenbank“, monierte Blessing, „den westdeutschen Zinssatz zu senken, wurden von dem Bankkartell blockiert. ... Der Anreiz zum Erwerb von Wertpapieren ist um so geringer, je kleiner die Differenz zwischen Wertpapier- und Sparzinsen ist.“

Vor allem die Sparkassen, auf deren Konten etwa 20 Milliarden Mark — zwei Drittel der westdeutschen Geldersparnisse — liegen, wehrten sich mit Erfolg gegen jede Zinssenkung. Sie fürchteten, daß ein Teil der Sparer Einlagen abrufen würde, um Wertpapiere zu erwerben oder um das Geld auf die praktischen Postcheckkonten einzuzahlen.

Das Veto der Sparkassenfunktionäre legte den Zentralen Kreditausschuß lahm, dessen andere Mitglieder, beispielsweise

die Vertreter der Kreditbanken, keine Einwände gegen den von Blessing geplanten Abbau der Habenzinsen erhoben hatten.

Blessing blieb deshalb nichts anderes übrig, als die Habenzinsen mit Hilfe der Bankenaufsicht zwangsweise herabzusetzen. Er hofft, dadurch nicht nur den Kapitalmarkt zu beleben, sondern auch zum Abbau der extrem hohen Kreditprovisionen und Spesen beizutragen, die Banken und Sparkassen ihren Kunden neben den Zinsen abverlangen. Dank dieser Provisionen konnten es sich nämlich Banken und Sparkassen bedenkenlos leisten, trotz fortlaufender Senkung der Sollzinsen auf eine entsprechende Senkung der Habenzinsen zu verzichten. Der Kreditkunde zahlte zwar nur die jeweils zulässigen Höchstzinsen, außerdem aber vier



Bundesbankpräsident Blessing
Weniger Zinsen für das Sparbuch

bis sechs Prozent Kreditprovision. So kam es, daß englische Unternehmen in den vergangenen Monaten trotz eines amtlichen Zinssatzes von sieben Prozent insgesamt weniger Kreditkosten zu zahlen brauchten als westdeutsche Geschäftskollegen bei einem Diskontsatz von nur 3,5 Prozent.

Den Sparkassen wird ihre beharrliche und — durch die Zwangssenkung der Habenzinsen — nun doch erfolglose Weigerung, den Direktiven der Notenbank Folge zu leisten, möglicherweise noch erhebliche Unannehmlichkeiten bereiten: Das Bundeswirtschaftsministerium hat der Bankenaufsichtsbehörde vorgeschlagen, sie solle künftig nur für natürliche Personen mit Kontenersparnissen bis zu 50 000 Mark bei einjähriger Kündigungsfrist 4,25 Prozent Habenzinsen zulassen. Juristische Personen — Unternehmen und öffentliche Körperschaften — sollen dagegen nach dem Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums künftig ein halbes Prozent weniger erhalten. „Wenn sie mehr haben wollen“, erklärte Blessing, „dann sollen sie doch auf den Kapitalmarkt gehen und dort Papiere kaufen.“

LANDWIRTSCHAFT

KÄSEPREISE

Das Frühstückskartell

Wie sich die westdeutschen Verbraucher das Funktionieren des gemeinsamen europäischen Landwirtschaftsmarktes vorzustellen haben, der vor einigen Wochen während einer EWG-Konferenz im oberitalienischen Ferienparadies Stresa aus der Taufe gehoben wurde, demonstrierte ihnen das Bundesernährungsministerium schon wenige Tage später. Der Außenhandels-experte Lübkes, Ministerialdirektor Dr. Stalman, beendete den seit Monaten erbittert geführten deutsch-holländischen Kampf um den Käsepreis durch „gütliches Zureden“ und sanften handelspolitischen Druck mit einem Gentleman's Agreement, das den deutschen Klein-Verbraucherpreis für holländischen Käse jetzt um 40 bis 60 Pfennig je Kilogramm in die Höhe treiben wird.

Dabei sah es auf dem Käsemarkt im vergangenen Frühjahr für den deutschen Verbraucher noch günstig aus. Holland hielt damals Ausschau nach Wegen, um von seinen drückenden Käsebeständen herunterzukommen, die ihm von der allenthalben mit Subventionen künstlich erzeugten europäischen Milchschwemme beschert worden waren.

Das niederländische Interesse konzentrierte sich dabei um so mehr auf die benachbarte Bundesrepublik, als man in deren Verhalten — nicht ganz zu Unrecht — eine der Ursachen der jetzigen Käse-Misere zu erkennen glaubte. Auch in Westdeutschland hatte nämlich der staatliche Zuschuß von drei Pfennig je Liter verkaufter Milch zu einer solchen Steigerung der Milch- und Butterproduktion geführt, daß Bonns Ernährungsministerium die Buttereinfuhr im Januar einstellen mußte — um den Butterpreis entsprechend den Wünschen der westdeutschen Bauern hoch halten zu können.

Daraufhin erst war die holländische Milch, statt wie bisher in die Buttererzeugung zu strömen, in die Käse- und Milchpulver-Produktion geflossen. Die holländischen Molkereien bemühten sich jetzt, statt Butter nun eben — in vermehrtem Maße — Käse in die Bundesrepublik zu exportieren. Da die westdeutsche Käse-Einfuhr seit dem Jahre 1953 keinerlei Beschränkungen mehr unterliegt, bot sich hier in der Tat ein — wenn auch nicht ausreichendes — Ventil für den durch Subventionen erzeugten Milch-Überschuß.

Daneben wuchs in den Lagerhäusern von Hollands staatlichem „In- en Verkoopkantoor voor Zuivel“ (IVZ) ein beachtlicher Käseberg heran, der sein Entstehen einer staatlichen Käsepreis-Garantie verdankt. Das Kontor ist nämlich verpflichtet, Käse zu einem bestimmten Mindestpreis anzukaufen und zu lagern. Hollands Käseproduzenten laufen so in keinem Fall Gefahr, auf ihren Käserädern sitzenzubleiben. Überdies erlösen sie in jedem Fall den Mindestpreis, den das IVZ zahlt. Das Vorhandensein dieser Notbremse ließ den Molkereien sogar geraten erscheinen, ihre Käseproduktion ungeachtet der Marktsituation noch auszudehnen, was das Kontor wiederum zu immer größeren Käse-Einkäufen zwang.

Das ging so lange gut, bis sich schließlich die holländischen Landwirtschaftsbehörden wegen des ständig wachsenden Käsebestands Mitte April doch veranlaßt sahen, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu folgen. Schlagartig setzten sie den ga-